

EMPFEHLUNGEN FÜR PRÜFUNGSINHALTE IN DER ERSTEN JURISTISCHEN STAATSPRÜFUNG (NJAG, NJAVO)

Sie beziehen sich auf den Prüfungsstoff der Prüfungsgespräche in den Wahlfächern.

In der mündlichen Prüfung werden die Pflichtfächer (§ 3 NJAG, § 16 NJAVO) und das Wahlfach (§ 3 NJAG, § 17 NJAVO) geprüft.

Da der Prüfungsstoff der Pflichtfächer in § 16 NJAVO im einzelnen aufgeführt ist, bedarf es insoweit keiner weiteren Beschreibung in Empfehlungen, wie es nach der Rechtslage entsprechend der NJAO 1985 angezeigt war. Diese Empfehlungen beschreiben die Gegenstände der Wahlfächer in der mündlichen Prüfung. Dabei ist der in § 2 NJAG festgelegte Zweck der ersten Staatsprüfung zu bedenken. Danach dient die erste Staatsprüfung und somit auch das Prüfungsgespräch (§ 23 NJAVO) der Feststellung, ob der Prüfling das Recht mit Verständnis erfassen und anwenden kann, in den Prüfungsfächern einschließlich der europarechtlichen Bezüge, der rechtswissenschaftlichen Methoden und der philosophischen, geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen über die erforderlichen Kenntnisse verfügt und damit für den juristischen Vorbereitungsdienst fachlich geeignet ist.

Diese Empfehlungen beruhen auf Vorschlägen der Universitäten, wobei die Erfahrungen mit den bisher geltenden Prüferempfehlungen berücksichtigt worden sind. Sie sollen dazu beitragen, den Prüfungsstoff der mündlichen Prüfung im Wahlfach überschaubar zu machen und zu vereinheitlichen. Es ist beabsichtigt, diese Empfehlungen aufgrund künftiger Erfahrungen und neuer Entwicklungen von Zeit zu Zeit fortzuschreiben.

Handelsrecht, Gesellschaftsrecht (einschl. Konzernrecht) und Bankrecht (§ 17 Abs. 5 Nr. 1 NJAVO)

HANDELSRECHT

Im Handelsrecht (§ 16 Nr. 1 b bb) vertiefte Kenntnisse;
ferner

- Handlungsgehilfe
- Handelsvertreter, Eigenhändler, Franchising, Handelsmakler
- Kommissionsgeschäft
- Grundzüge des Speditions- und Frachtrechts des Straßentransports
- Kontokorrent

GESELLSCHAFTSRECHT

a. Personalgesellschaftsrecht

- Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
- Offene Handelsgesellschaft
- Kommanditgesellschaft
- GmbH & Co. KG
- Begriff der Stillen Gesellschaft, der Unterbeteiligung und der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung

b. Kapitalgesellschaftsrecht

(1) aus dem Aktienrecht

- Grundzüge der Organisation der Aktiengesellschaften (Organe und Kompetenzen)
- Überblick über die gesetzlichen Formen der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer

(Osnabrück)

(2) aus dem Recht der GmbH

- Gründung, Vorgesellschaft, Organe, Kapitalschutz, Besonderheiten der Einpersonen-GmbH

KONZERNRECHT

- Gegenstand und Aufgaben des Konzernrechts
- Konzernrechtliche Grundbegriffe
- Vertragskonzern und faktischer Konzern im Aktienrecht
- Grundzüge des GmbH-Konzernrechts einschließlich des qualifizierten faktischen Konzerns

BANKRECHT

a. Bankenprivatrecht

- Arten der Wertpapiere; Grundzüge des Wechsel- und Scheckrechts einschließlich der Zahlung mit Scheckkarte
- Girovertrag
- Recht des Zahlungsverkehrs
- Kreditkarte
- Akkreditiv

b. Bankenorganisationsrecht

- Aufgaben und Stellung der Deutschen Bundesbank
- Bankenaufsicht

Wettbewerbs- und Kartellrecht sowie gewerblicher Rechtsschutz (§ 17 Abs. 5 Nr. 2 NJAVO)

DEUTSCHES KARTELLRECHT

- Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und ihre Legalisierung
 - abgestimmtes Verhalten
 - zugehörige Sanktionen
- Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
- Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen
- Boykott und Diskriminierung
- Fusionskontrolle
- Kartellbehörden
- Ausgenommen ist das Vergaberecht

GRUNDZÜGE DES EUROPÄISCHEN KARTELLRECHTS

- Verhältnis zum nationalen Recht
- Artikel 85, 86 EGV
- Fusionskontrollverordnung

RECHT GEGEN UNLAUTEREN WETTBEWERB (UWG) UND MARKENSCHUTZRECHT

- § 1
- irreführende Angaben
- Kennzeichenschutz (Unternehmenskennzeichen, Marken)
- Schutz von Geschäftsgeheimnissen
- Überblick über das Verfahren

GRUNDZÜGE DES PATENT- UND URHEBERRECHTS; ÜBERBLICK ÜBER DIE GE- WERBLICHEN SONDERSCHUTZRECHTE (GESCHMACKSMUSTER, GEBRAUCHS- MUSTER)

Unternehmenssteuerrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 3 NJAVO)

UNTERNEHMENSSTEUERRECHT

Grundlagen der Unternehmenssteuern

- Rechtsform und Besteuerung
- Begriff der gewerblichen Einkünfte und Abgrenzungen
- Personengesellschaften und Einkommenssteuerrecht
- Besteuerung der Kapitalgesellschaften und deren Ausschüttungen, einschließlich verdeckter Gewinnausschüttungen
- Grundzüge des Halbeinkünfteverfahrens
- Unbeschränkte und Beschränkte Steuerpflicht von Unternehmen

AUS DEM GEWERBESTEUERRECHT

- Steuersubjekt
- Gewerbeertragsbesteuerung: Hinzurechnungen und Kürzungen

Aus dem Umsatzsteuerrecht

Begriff des Unternehmens

- Lieferungen und Leistungen
- Rechnungserteilung
- Vorsteuerabzug
- Innergemeinschaftliche Lieferung

Aus dem Umwandlungssteuerrecht

- Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft
- Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft

AUS DEM BILANZSTEUERRECHT

- Maßgeblichkeitsgrundsatz
- Buchführungspflichtige Personen
- Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut
- Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
- Ansatz dem Grunde nach einschließlich Leasing, Factoring, Pensionsgeschäfte
- Grundsätze der Bewertung (Herstellungskostenbegriff, Anschaffungskostenbegriff, Abschreibungen, Teilwert, Lifo)
- Einlagen und Entnahmen
- Bilanzierung schwebender Geschäfte
- Bilanzierung von Beteiligungen
- Rückstellungen

Arbeits- und Sozialrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 4 NJAVO)

AUS DEM EU-RECHT

- Zuständigkeiten der EU auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts (Art. 48 bis 51, 118 bis 119 EGV); Verordnung - Richtlinie

AUS DEM PROZESSRECHT

- Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht (Zuständigkeit, Verfahrensarten, Besetzung der Gerichte und Rechtszug)

AUS DEM ARBEITSRECHT

Stoff des Pflichtfaches Arbeitsrecht (§ 16 Nr. 1 lit. b) cc NJAVO) einschließlich

- Vertiefung des Tarifvertragsrechts (Grundlagen und Reichweite der Tarifautonomie, normative Wirkung tarifvertraglicher Regelungen)
- Vertiefung des Arbeitskampfrechts (verfassungsrechtliche Grundlagen, Arbeitskampfmittel, Anforderung an rechtmäßige Arbeitskämpfe, individual- und kollektivrechtliche Folgen von Arbeitskämpfen)
- Koalitionsrecht: Koalitionsbegriff, Gewerkschaftsbegriff, die Gewährleistungsbereiche der Koalitionsfreiheit im Überblick

Betriebsverfassung

- Grundlagen und Geschichte; Stellung der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung; Begriffe Arbeitnehmer und leitender Angestellter; Tendenzschutz

- Organisation der Betriebsverfassung im Überblick (Wahl, Zusammensetzung, Amtszeit und Geschäftsführung des Betriebsrats und persönliche Rechtsstellung von Amtsinhaber, Wahlvorstand und Bewerber)
- Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrats (allgemeine Grundsätze, Einigungsstelle, Betriebsvereinbarung und Regelungsabrede, Inhalt und Umfang der Betriebsautonomie, Verhältnis Betriebsautonomie zu Tarifautonomie und Privatautonomie, Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrats in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten)

Unternehmensmitbestimmung

- Geschichte und verfassungsrechtliche Problematik der Unternehmensmitbestimmung; Überblick über Montanmitbestimmung, Mitbestimmungsgesetz 1976 und Betriebsverfassungsgesetz 1952

AUS DEM SOZIALRECHT

Allgemeine Lehren des Rechts der sozialen Sicherheit

- Geschichte und Grundlagen; wirtschaftliche Bedeutung der Sozialleistungen, Finanzierung, gesamtwirtschaftliche Funktionen; Sozialrecht und Verfassung; Verwaltungsverfahren (Handlungsformen, Aufhebung von Verwaltungsakten, Rückforderung und Erstattungsrecht)

Recht der Sozialversicherung

- Krankenversicherung (Sachleistungsprinzip, Vorsorge, Krankenhilfe, Rehabilitation und Beziehungen zu den Leistungserbringern)
- Unfallversicherung (echte Unfallversicherung, Kausalitätslehre, Haftungsprivilegierung, Finanzierung und Leistungen)
- Rentenversicherung (Aufgaben, Versicherungsfälle, Grundsätze der Rentenberechnung, Rentendynamik, Ergänzungen und Alternativen zur Rentenversicherung)

(Osnabrück)

Soziale Förderung, Entschädigung und Hilfe

- Arbeitsförderung (Arbeitsmarktverwaltung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Überblick, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Konkursausfallsicherung)
- im Überblick Kriegsopfer- und Soldatenversorgung, Verbrechensoferentschädigung und unechte Unfallversicherung
- Sozialhilferecht (Ziel der Hilfe, Arten der Hilfe, Leistungsgrundsätze, Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen und Unterhaltsregress)

Internationales Privat- und Prozessrecht sowie Rechtsvergleichung (§ 17 Abs. 5 Nr. 5 NJAVO)

INTERNATIONALES PRIVATRECHT

Allgemeine Lehren

- Kollisionsnormen
- Anknüpfungen
- Qualifikationen
- Vorfrage
- Rück- und Weiterverweisung
- Angleichung
- Vorrang der Staatsverträge

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts

- ordre public
- Geltung der Grundrechte im IPR

Einzelanknüpfungen

- Internationales Vertragsrecht
- Internationales Deliktsrecht
- Internationales Sachenrecht (Übereignung beweglicher und unbeweglicher Sachen)
- Internationales Familien- und Erbrecht (Eheschließung, Scheidung, Adoption, Legitimation, Abstammung, Unterhalt, gesetzliche Erbfolge, Verfügung von Todes wegen, Erbschein)

INTERNATIONALES PROZESSRECHT

Internationale Zuständigkeit

Ermittlung ausländischen Rechts

Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen

(Osnabrück)

RECHTSVERGLEICHUNG

Methoden, Aufgaben, Ziele und Geschichte der Rechtsvergleichung

Überblick über die Rechtskreise

Vertragsschluss und Vertragsverletzung im englischen und französischen Recht (auf Wunsch zusätzlich auch US-amerikanisches Recht)

- contracts (capacity, offer, acceptance, consideration, performance, breach of contract, frustration, contracts under seal and statute of frauds)
- contrat (capacité, offre, acceptation, exécution, inexécution)

Unerlaubte Handlungen und objektive Haftung

- torts (intentional torts, negligence, strict liability, causation, foreseeability, damages)
- délit (intention, négligence, causalité, dommage, fait de la chose)

Besondere Gebiete des englischen und französischen Rechts

- trusts
- Sachenrecht (Eigentumsübergang, Konsensprinzip, Mobiliarsicherungsrecht)
- auf Wunsch zusätzlich auch Grundzüge des englischen und französischen Familienrechts und Grundmodelle der Rechtsnachfolge von Todes wegen

Verfahrensrecht und Verfahrensvergleich

(§ 17 Abs. 5 Nr. 6 NJAVO)

VORBEMERKUNGEN

Der Schwerpunkt der mündlichen Prüfung liegt auf dem Verfahrensrecht des jeweiligen Pflichtfachs. Hinsichtlich anderer Prozessordnungen ist Prüfungsgegenstand nur der Vergleich der Verfahrensmaximen und der allgemeine Gang des Verfahrens. Daher

e n t w e d e r

SCHWERPUNKT BÜRGERLICHES RECHT

1. Erkenntnisverfahren

- Gang des erstinstanzlichen Normalverfahrens
- Verfahrensgrundsätze
- Gericht, Parteien und Vertreter
- Sachurteilsvoraussetzungen
- Streitgegenstand
- Beweisverfahren, Beweislast
- Urteilsarten und Urteilswirkungen
- Versäumnisverfahren
- Mahnverfahren
- Berufung, Revision, Beschwerde
- Arrest und einstweilige Verfügung

2. Gerichtsverfassungsrecht

- Gerichtsaufbau und Instanzenzug
- gesetzlicher Richter, Befangenheit
- richterliche Unabhängigkeit

3. Internationale Zuständigkeit und Anerkennung ausländischer Entscheidungen nach EuGVÜ

4. Einzelzwangsvollstreckung

- Vollstreckungsvoraussetzungen
- Vollstreckungsorgane
- Vollstreckungsarten
 - wegen Geldforderungen:
 - Pfändung und ihre Wirkungen
 - Pfändung beweglicher Sachen
 - Pfändung in Forderungen und andere Rechte
 - Vollstreckung in ein Grundstück durch Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Zwangshypothek (ohne Einzelheiten des Verfahrens)
 - Zwangsvollstreckung wegen anderer als Geldforderungen
- Vollstreckungsschutz bei Pfändung beweglicher Sachen und bei Forderungspfändung, § 765 a ZPO
- Rechtsbehelfe: Erinnerung, sofortige Beschwerde, Vollstreckungsabwehrklage, Drittwiderspruchsklage

5. Insolvenzrecht

- Zwecke und Maximen des Insolvenzverfahrens
- Insolvenzeröffnung: Verfahren, Voraussetzungen, Wirkungen
- Insolvenzverwalter und Gemeinschuldner
- Insolvenzverwertung

- Rechtsstellung der Insolvenz- und Massegläubiger
- Sonderstellung der Arbeitnehmer
- Aussonderung, Absonderung, Insolvenzanfechtung
- Abwicklung gegenseitiger Verträge
- Verfahrensende und Restschuldbefreiung
- Grundzüge des Insolvenzplanverfahrens

- Eigenverwaltung
- Verbraucherinsolvenz

o d e r

(Osnabrück)

SCHWERPUNKT STRAFRECHT

1. Allgemeines

- Gang des Strafverfahrens
- Gerichtsaufbau, Gerichtsbesetzung und Instanzenzug
- Verfahrensgrundsätze der einzelnen Verfahrensabschnitte
- Beweismittel
- Informationsbeschaffungs- und -verwertungsverbote (ohne Grenzen der Informationsbeschaffung aus anderen Verfahrensarten)
- Rechtsstellung des Verletzten im Überblick
- Zwangsmaßnahmen, Untersuchungshaft und vorläufige Maßregeln
 - ohne Rechtsbehelfe außer im Recht der Untersuchungshaft
 - ohne Ausgestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft

2. Vorverfahren

- Aufgaben und Kompetenzen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht
- Rechtsstellung des Beschuldigten und des Verteidigers
- Beginn des Vorverfahrens
- Abschluss des Vorverfahrens, nur
 - Anklage
 - Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
 - Einstellung
- Grundsätze des Klageerzwingungsverfahrens

3. Grundsätze des Zwischenverfahrens

4. Das Hauptverfahren erster Instanz

- Vorbereitung der Hauptverhandlung
- aus dem Recht der Hauptverhandlung
 - Prozessgegenstand

- Gang der Hauptverhandlung
- Rechtsstellung von Gericht, Staatsanwaltschaft, Angeklagten und Verteidiger
- Beweisrecht (Umfang der Amtsaufklärungspflicht, Beweisantragsrecht, Beweiserhebungsformen, allgemeine Grundsätze des Beweiswürdigungsrechts, Beweisverbote)
- Urteil und Urteilswirkungen (Bestandteile des Urteils, Rechtskraft, Wiederaufnahmegründe)

5. Rechtsmittel

- Grundsätze des Berufungsverfahrens
- aus dem Revisionsrecht
 - absolute und relative Revisionsgründe
 - Verfahrens- und Sachrüge (Unterschiede, Zulässigkeitsvoraussetzungen)

6. Von den besonderen Verfahrensarten

- Strafbefehlsverfahren

o d e r

SCHWERPUNKT ÖFFENTLICHES RECHT

- Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten
- Klagearten/Verfahrensarten
- Zulässigkeitsvoraussetzungen der verwaltungsgerichtlichen Klage (Beteiligtenfähigkeit, Klagebefugnis, Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis)
- Widerspruchsverfahren
- Klageverfahren einschließlich Verfahrensgrundsätze
- Entscheidungsarten
- Grundsätze des Vorläufigen Rechtsschutzes (§§ 80, 80a und 123 VwGO)
- Rechtsmittel (Berufung, Revision, Beschwerde)

Europäische Rechtsgeschichte

(§ 17 Abs. 5 Nr. 7 NJAVO)

E n t w e d e r

SCHWERPUNKT PRIVATRECHTSGESCHICHTE

AUS DEM RÖMISCHEN RECHT

- Die Hauptepochen des römischen Rechts
- Charakterisierung von ius civile, ius honorarium, ius gentium
- Entstehung der römischen Rechtswissenschaft
- Die Entstehung der justinianischen Kodifikation
- Grundstruktur der patria potestas, des römischen Eigentums-, Vertrags- und Deliktsrechts

AUS DER DEUTSCHEN RECHTSGESCHICHTE

- Der Investiturstreit
- Der Sachsenspiegel
- Die Reichsreform am Ausgang des späten Mittelalters
- Ausgewählte deutschrechtliche Institute: Gesamthand, Treuhand, Fahrnisserwerb und der Grundsatz: "Hand wahre Hand"; unerlaubte Handlungen
- Die Historische Rechtsschule
- Die Entstehung des BGB

AUS DER VERGLEICHENDEN PRIVATRECHTSGESCHICHTE DER NEUZEIT

- Entstehung der Rechtswissenschaft im Mittelalter (Bologna, Paris, Oxford)
- Die europäischen Rechtskreise und Rechtsfamilien in Grundzügen
- Die Rezeption des römischen Rechts als gesamteuropäischer Vorgang
- Die Vernunftrechtskodifikationen: pr. ALR, Code Civil, ABGB

o d e r

SCHWERPUNKT STRAFRECHTSGESCHICHTE

AUS DER DEUTSCHEN STRAFRECHTSGESCHICHTE

- Das fränkische Kompositionensystem
- Entwicklung des öffentlichen Strafrechts aus den Gottes- und Landfrieden
- Die Einwirkung der Rezeption des römischen Rechts auf die Erneuerung der Strafrechtspflege
- Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl V. (Carolina): Allgemeine Lehren des materiellen Strafrechts

AUS DER VERGLEICHENDEN STRAFRECHTSGESCHICHTE

- Die strafrechtlichen Theorien der Aufklärung bei Beccaria, Kant, Grolmann und Feuerbach
- Die Ausbildung nationaler Strafrechtskodifikationen in Deutschland und Frankreich während des 19. Jahrhunderts (Grundzüge)

AUS DER GESCHICHTE DES STRAFPROZESSES

- Grundzüge der fränkischen Strafverfolgung
- Der Inquisitionsprozess nach der Carolina und den Kodifikationen der Aufklärungszeit in Österreich, Bayern und Preußen
- Die Entwicklung des deutschen Strafverfahrensrechts in der rechtsstaatlich-liberalen Epoche des 19. Jahrhunderts
- Die Entwicklung des Strafverfahrensrechts seit der Geltung der RStPO (Ermittlungsverfahren, allgemeiner Verfahrensgang, Instanzenzug)

o d e r

SCHWERPUNKT VERFASSUNGSGESCHICHTE

DIE REICHsverFASSUNG BIS ZUM WESTFÄLISCHEN FRIEDEN (LANDFRIEDEN; REICHSKAMMERGERICHT; REICHsSTEUERN)

- Die Reichsverfassung und die Religionsfrage: Die Bedeutung der konfessionellen Spaltung für die Entwicklung der Reichsverfassung; Passauer Vertrag; Confessio Augustana
- Geistesgeschichtliche Grundlagen des frühmodernen Staates: Staatsräson - Souveränitätslehre - Herrschaftsvertrag
- Reichsverfassung und Landesgewalt im Zeichen des Absolutismus

DIE REICHsverFASSUNG DES WESTFÄLISCHEN FRIEDENS VON 1648 BIS ZUM ENDE DES ALTEN REICHS

- Die Verfassungsentwicklung in den Territorien
- Staatsdenken im Zeitalter des Aufgeklärten Absolutismus (Reichspublizistik; Naturrecht und Aufklärung)
- Die Französische Revolution und das Ende des alten Reiches (Bedeutung der Französischen Revolution für die deutsche Verfassungsentwicklung; Reichsdeputationshauptschluss; Gründung des Rheinbundes; Auflösung des Alten Reiches)

VOM WIENER KONGRESS BIS ZUM DEUTSCHEN KAISERREICH

- Wiener Kongress und Deutscher Bund
- Die frühkonstitutionellen Verfassungen
- Die Verfassungsfrage in Preußen
- Die Revolution von 1848 und die Paulskirchenverfassung
- Die Verfassungsentwicklung von 1849 - 1871: Die revidierte preußische Verfassung von 1850; der preußische Verfassungskonflikt (1861 - 1866); der preußisch-österreichische Krieg und das Ende des Deutschen Reiches (1866); der Norddeutsche Bund (1867)

DAS KAISERREICH (1871 - 1918)

- Die Reichsgründung und Struktur der Reichsverfassung
- Die Entwicklung der Reichsverfassung unter Bismarck
- Die Staatsrechtslehren der spätkonstitutionellen Monarchie

DIE WEIMARER REICHsverFASSUNG

- Die Errichtung der Republik und die Reichsverfassung (die Entstehung der Reichsverfassung; Verfassungsgebende Nationalversammlung; Demokratie und Föderalismus; Verfassungsorgane; Bedeutung der Grundrechte)
- Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik und die Präsidialdiktatur

UNTERGANG DER WEIMARER REPUBLIK UND DAS DRITTE REICH

(1933 - 1945)

- Die Zerstörung der Verfassung und die Frage der Legalität der nationalsozialistischen Machtergreifung
- Führerprinzip und ideologische Grundlagen der NS-Herrschaft

DIE DEUTSCHE TEILUNG UND DIE ENTSTEHUNG DER BUNDESREPUBLIK

- Besatzungsregime und staatliche Reorganisation (Vier-Mächte-Verwaltung; Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat)
- Zur Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik
- Das Ende der deutschen Teilung

Medien- und Kommunikationsrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 8 NJAVO)

MEDIENVERFASSUNGSRECHT

- Kommunikationsfreiheit (Meinungsfreiheit) und Kommunikationsordnung, Rundfunkrecht
- Presserecht (auch Pressegesetze)
- Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern hinsichtlich Telekommunikations-, Medien- und Rundfunkrecht

MEDIENVÖLKERRECHT

- Die Kommunikationsfreiheit im Völkerrecht, insbesondere in der WTO und in der EMRK

EUROPÄISCHES MEDIEN- UND KOMMUNIKATIONSRECHT

- Die Zuständigkeit der EU für Fragen der Kommunikation
- Binnenmarktfreiheiten und Kommunikation, Dienste der Informationsgesellschaft
- EG-Wettbewerbsrecht (Kartellrecht) und Telekommunikations- und Medienunternehmen; Regulierung der Märkte, Schutz des Wettbewerbs
- Das Sekundärrecht, insbesondere E-Commerce-Richtlinie, Fernsehrichtlinie, die Telekommunikationsrichtlinie, die einschlägigen rechtsgebietspezifischen Richtlinien (Urheberrechtsrichtlinie für die Informationsgesellschaft, Fernabsatzrichtlinie etc.)

PRIVATES UND ÖFFENTLICHES MEDIENWIRTSCHAFTSRECHT

a) Marktordnungsrecht der Medien und Kommunikation

- Organisation, Zulassung, Beaufsichtigung und Finanzierung der Rundfunkveranstaltung
- Grundsätzliche Regulierungsprobleme der Übertragungswege (Terrestrische Frequenzen, Breitbandkabelnetze, Satellitenkommunikation, Energieleitungsnetze zur Durchleitung von Daten)

- Grundzüge des Telekommunikationsrechts (Lizenzen, Entgeltkontrolle, Netzzugang und Zusammenschaltung, Universaldienste, Frequenzordnung, Roaming etc.)
- Kartellrechtliche Schwerpunkte (Essential Facilities, Besonderheiten bei Gemeinschaftsunternehmen wie DENIC oder Standardisierungen)
- Konzentrationskontrolle bei Mediendiensten und Rundfunk- und Fernsehsendern

b) Wirtschaftsrecht der Neuen Medien

- Spezifische Rechtsfragen der elektronischen Marktplätze, Kartellrecht, M-Commerce; Rechtsprobleme von Suchmaschinen und Portalen
- Urheber- und Wettbewerbsrecht (z.B. EG-Urheberrechtsrichtlinien; Leistungsschutz von Web-Design, Verantwortlichkeit für Plattformen, für Hyperlinks etc., Trennung von Werbung und redaktionellen Inhalten)
- Markenrecht (Domain-Namen, Schutz bestimmter Angebote)
- Besondere Wirtschaftszweige und Rechtsgebiete mit Bezug zu Medien- und Kommunikationsrecht (Electronic Banking, Kapitalmarktrecht; Versicherungsrecht; Gesellschaftsrecht)

c) Internet-Recht (E-Commerce-Richtlinie, digitale Signaturen; Domain-Namen und Selbstregulierungsstrukturen)

Im Zusammenhang damit: bürgerlich-rechtliche Grundlagen, insbesondere:

- Vertragsrecht (Vertragsabschluss, AGB-Inhaltskontrolle, Verbraucherschutz, insbesondere Fernabsatz)
- Vertragsrecht (Vertiefung, insbesondere Telekommunikationskundenschutz, Vertragsgestaltungen in der Praxis; Online-Schiedsgerichtsbarkeit)
- Haftungsrecht (Ehrdelikte, Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Störerhaftung)

Grundzüge des Internationalen Privatrechts (Anknüpfungskriterien im Internationalen Vertrags-, Delikts-, Wettbewerbs- und Urheberrecht)

Die Studierenden können wählen, ob sie schwerpunktmäßig im privaten oder im öffentlichen Medien- und Kommunikationsrecht geprüft werden wollen.

Öffentliches Wirtschaftsrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 9 NJAVO)

DIE UNTERSCHIEDUNG VON MARKTWIRTSCHAFT UND PLANWIRTSCHAFT (EINSCHLIEßLICH IHRER FOLGEN FÜR DEN NOTWENDIGEN BEDARF AN RECHT)

WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT

- Frage der Wirtschaftsverfassung; grundrechtlicher Schutz der Wirtschaftssubjekte
- Kompetenzen des Bundes, der Länder und der Europäischen Gemeinschaft
- Organisation der Wirtschaftsverwaltung (staatliche Wirtschaftsverwaltung einschließlich der öffentlichen Unternehmen; Selbstverwaltung der Wirtschaft; Wirtschaftsverbände; Indienstnahme Privater)
- Recht der staatlichen Globalsteuerung
- Wirtschaftsförderung (Arten der Wirtschaftsförderung, Rechtsformen der Subventionsvergabe, öffentliche Aufträge)
- Gründe für und Instrumente der staatlichen Einzelsteuerung der Wirtschaft
- Gewerberecht; Instrumente der Gewerbeaufsicht (Anzeigepflicht; Gewerbeuntersagung)
- Kreditwesenaufsicht
- Außenwirtschaftsrecht

KOMMUNALES WIRTSCHAFTSRECHT (EINSCHLIEßLICH KOMMUNALER UNTERNEHMEN)

- Zulässigkeit und Grenzen wirtschaftlicher Betätigung kommunaler Gebietskörperschaften nach NGO/NLO
- Begriff des wirtschaftlichen Unternehmens und Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Unternehmen bzw. Einrichtungen
- Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Organisationsformen für kommunale Wirtschaftsunternehmen
- Einwirkungsmöglichkeiten und Einwirkungspflichten gegenüber kommunalen Eigengesellschaften; Grundzüge der Unternehmensverfassung kommunaler Eigengesellschaften (GmbH, AG)

- Anwendbarkeit konzernrechtlicher Bestimmungen auf das Verhältnis zwischen kommunalen Gebietskörperschaften und Eigengesellschaften, insbesondere das Problem der "Unternehmenseigenschaft" der öffentlichen Hand
- Die Rechtsstellung von Eigengesellschaften und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen im Hinblick auf Grundrechtssubjektivität und Grundrechtsbindung
- Grundzüge des Rechts der Eigenbetriebe nach der Eigenbetriebsverordnung
- Grundzüge des Sparkassenrechts (öffentlicher Auftrag der Sparkassen, Sparkassenorgane, Gewährträgerhaftung)
- Rechtsschutz Privater gegenüber kommunaler Wirtschaftstätigkeit (unter Berücksichtigung der Bezüge zum Wettbewerbsrecht)
- Grundzüge der Struktur und des Rechts der kommunalen Energieversorgung einschließlich des Rechts der Konzessionsabgaben
- Grundzüge der Besteuerung kommunaler Unternehmen, Unterscheidung zwischen "Hoheitsbetrieben" und "Betrieben gewerblicher Art"

Europäisches Wirtschaftsrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 10 NJAVO)

- Der freie Warenverkehr (Zollfreiheit, mengenmäßige Beschränkung und Maßnahmen gleicher Wirkung, staatliche Handelsmonopole)
- Landwirtschaft (gemeinsame Agrarpolitik, Mittel und Instrumente zur Erreichung der gemeinsamen Agrarpolitik)
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Freizügigkeit, soziale Sicherheit)
- Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr (insbesondere freie Berufe, Versicherungen und Banken)
- Freiheit des Kapitalverkehrs (Grundzüge)
- Freiheit des Zahlungsverkehrs als Annexfreiheit
- Grundzüge des EG-Wettbewerbsrechts (Verbot wettbewerbsbeeinträchtigender Maßnahmen, Verbotsfolgen, Nichtanwendbarkeitserklärungen; Missbrauch marktbeherrschender Stellungen; Zuständigkeiten; Verhältnis zwischen gemeinschaftlichem und nationalem Wettbewerbsrecht, staatliche Einwirkungen auf den Wettbewerb)
- EG-Subventionsrecht (Verbot staatlicher Beihilfen/erlaubte staatliche Beihilfen)
- Die Wirtschaftspolitik (allgemeine Wirtschaftspolitik; Konjunkturpolitik; Zahlungsbilanz und Währungspolitik; Handelspolitik; Industriepolitik)
- Die Rechtsangleichung (Mittel und Methoden der Rechtsangleichung)
- Die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften (Völkerrechtsfähigkeit; Kompetenzen; Organzuständigkeit; Assoziierung und materielles Außenwirtschaftsrecht)
- Verkehrs- und Energiepolitik

Finanzverfassung und öffentliches Abgabenrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 11 NJAVO)

FINANZVERFASSUNG

- Ausgabenverantwortung im Bundesstaat
- Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden, Grundzüge des Finanzausgleichs
- Staatsverschuldung
- Steuergesetzgebung
- Steuerverwaltung
- Begriff und Funktion des Staatshaushalts
- Haushaltspolitische Willensbildung im Bund
- Bundesstaatliche Haushaltsgrundsätze

ÖFFENTLICHES ABGABENRECHT

Allgemeines Abgabenrecht

- Steuerbegriff
- Gebühren und Beiträge
- Sonderabgaben
- Umweltsteuern

Grundzüge der wichtigsten Steuern

- Einkommensteuer
 - Einkunftsarten und Einkommen
 - Dualismus der Einkünfteermittlung
 - Zurechnung der Einkünfte
 - Sonderausgaben
 - Berücksichtigung von Kindern
- Körperschaftssteuer
 - Dualismus Einkommensteuer/Körperschaftsteuer und die Steuersubjekte

(Osnabrück)

- Organschaft
- Halbeinkünfteverfahren
- Gewerbesteuer
 - Gewerbeertrag
 - Gewerbekapital
- Umsatzsteuer
 - Steuerschuld und Steuerschuldner
 - Eigenverbrauch
 - Einfuhrumsatzsteuer
 - Vorsteuerabzug

Aus dem allgemeinen Steuerschuldrecht

- Haftung
- Erlöschen von Steueransprüchen

Aus dem Steuerverfahrensrecht

- Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen
- Allgemeine Grundsätze des Steuerermittlungsverfahrens
- Begriff und Arten von Steuerbescheiden
- Bestandskraft von Steuerbescheiden

Umweltrecht

(§ 17 Abs. 5 Nr. 12 NJAVO)

UMWELTRECHT

ALLGEMEINER TEIL

- Ziele und Grundsätze des Umweltschutzes
- Umweltverfassungsrecht: Kompetenzen, Umweltschutz als Staatsaufgabe, Grundrechtsschutz (Art. 2, 3, 12, 14 GG)
- Umweltverwaltungsrecht: Instrumente des Umweltschutzes, Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltinformationen und Verfahrensöffentlichkeit
- Internationales Umweltrecht: Quellen des Völkerrechts und des Europäischen Gemeinschaftsrechts für den Umweltschutz in Deutschland
- Planfeststellungsrecht

BESONDERER TEIL

- Öffentliches Immissionsschutzrecht: Anlagengenehmigung, Aufsicht und nachträgliche Maßnahmen
- Bodenrecht
- Öffentliches Wasserrecht: Regelungssystem, Nutzung und Schutz oberirdischer Gewässer und des Grundwassers
- Abfallrecht: Abfallbegriff, Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen
- Umweltschutz in der Gesamtplanung (insbesondere Bauleitplanung): Abwägungsgebot
- Umweltschutz in der Fachplanung am Beispiel der Straßenplanung: Abwägungsgebot
- Naturschutz und Landschaftspflegerecht: Ziele und Grundsätze, Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, Biotopschutz

Wirtschaftsstrafrecht und Wirtschaftskriminologie, Umwelt- und Steuerstrafrecht (§ 17 Abs. 5 Nr. 13 NJAVO)

Grundlagen des Wirtschaftsstrafrechts und der Wirtschaftskriminologie

- Inhaltliche Bestimmung der Begriffe „Wirtschaftskriminalität“ und „Wirtschaftsstrafrecht“; die Subsidiarität des Strafrechts i. w. S. auf diesem Gebiet
- Grundzüge der Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts und der Bestrebungen zu seiner Reform
- Das rechtliche Instrumentarium zur Sanktion der Unternehmensdelinquenz, insbesondere die §§ 9, 29a, 30, 130 OWiG und 14 StGB
- Die vorliegenden Erkenntnisse über Struktur und Ausmaß der Wirtschaftsdelinquenz und das kriminologische Instrumentarium zur Gewinnung von Aussagen dazu im Überblick

Ausgewählte besondere Erscheinungsformen der Wirtschaftsdelinquenz und ihre Ahndung

- Betrug und Untreue als Wirtschaftsstraftaten
- Überblick über die strafrechtlichen Regelungen auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung (WiStG, AWG, KWKG, Subventionsbetrug); nähere Kenntnisse des § 264 StGB
- Phänomenologie der computerbezogenen Delinquenz; Überblick über die computerbezogenen Tatbestände des Strafrechts; nähere Kenntnisse der §§ 263a und 266b StGB
- Überblick über das Insolvenz- und Bilanzstrafrecht; nähere Kenntnisse der § 283 - 283b StGB
- Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB); Überblick über die nebenstrafrechtlichen Tatbestände gegen illegale Beschäftigung und illegale Arbeitnehmerüberlassung
- Überblick über das Strafrecht des unlauteren Wettbewerbs und seine Bedeutung; nähere Kenntnisse des § 17 UWG

- [in Kraft am 01.09.1999] Grundzüge des Rechts der Kartellordnungswidrigkeiten; nähere Kenntnisse über die Sanktionierung von Submissionsabsprachen (§ 298 StGB; § 81 Abs. 1 Nr. 1 i. V. mit §§ 1, 81 Abs. 2 GWB 1999) - jedoch jeweils ohne Detailkenntnisse der kartellrechtlichen Bezugsregelung.

Aus dem Umweltstrafrecht

- Überblick über die wichtigsten Deliktstatbestände (§§ 324 - 327 StGB), einschließlich der Rechtsgutbestimmung
- Die Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechts: Ausgestaltung, Probleme, Auswirkungen auf die Rechtswidrigkeit
- Die Strafbarkeit von Amtsträgern im Umweltrecht
- Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Umweltverstöße in Unternehmen (insbesondere die Garantenhaftung leitender Organe)
- Reformbestrebungen (die Frage der generalpräventiven Wirksamkeit; Änderungsvorschläge auf Tatbestandsebene, im Bereich der Verwaltungsakzessorietät sowie bei den Sanktionen)

Aus dem Steuerstrafrecht

- Überblick über die Steuerstraftaten der AO; nähere Kenntnisse bezüglich der strafrechtlichen Regelung der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) und der strafbefreienden Selbstanzeige (§ 371 AO)
- Die Grundzüge der besonderen Kompetenzen der Finanzbehörden und ihrer Stellen im Steuerstrafverfahren